

A N F R A G E von Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) und Martin Neukom (Grüne, Winterthur)
betreffend Gefährliche Hitzewellen – ist die Warnung der Bevölkerung ausreichend?

Im Sommer 2003 zählte man in der Schweiz 975 Hitzetote, im Sommer 2015 waren es 804 Hitzetote. Auch im Sommer 2017 hat der Bund wiederum eine Hitzewarnung rausgegeben, aber glücklicherweise dauerte diese Hitzeperiode nur wenige Tage an. Hitzetote gibt es, wenn es während längerer Zeit tagsüber sehr heiss ist und die Nachttemperatur nicht mehr unter 20 Grad sinkt. In städtischen Gebieten entstehen dann sogenannte Hitzeinseln, welche sich gefährlich auf die Gesundheit von älteren Menschen, chronisch Kranken, Schwangeren und Kleinkinder auswirken. Auch grosse Teile der Bevölkerung, welche nicht zu den besonders gefährdeten Personengruppen gehören, leiden mit verschiedenen Beschwerden unter der Hitze. Durch den anthropogenen Klimawandel werden Hitzesommer wie 2003 zum Normalfall, selbst wenn die Ziele des Pariser Abkommens erreicht würden. Es ist deshalb vordringlich, sich mit geeigneten Massnahmen an die veränderten Bedingungen anzupassen.

Das Problem der sommerlichen Hitzeinseln stellt sich vor allem in den städtischen Gebieten mit dichter Bebauung. Im Kanton Zürich trifft es gemäss dem kantonalen Umweltbericht von 2014 Teile der Stadt Zürich und Gebiete im Limmattal, Glattal und Furttal.

Bisher informiert der Bund über Meteo Schweiz über bevorstehende Hitzewellen. Die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich schaltet Radiospots in Zürcher Lokalsendern und verweist auf ihrer Webseite auf die Information des Bundesamtes für Gesundheit. Dieses publiziert verschiedene Merkblätter und informiert Fachpersonen aus Pflege und Betreuung, was sie bei starker Hitze bei ihren Kundinnen und Kunden und Patientinnen und Patienten beachten müssen. Offen ist, wie viele betroffene Menschen damit erreicht werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sorgt der Regierungsrat dafür, dass Risikogruppen von Hitzewellen rechtzeitig gewarnt und informiert werden?
2. Wie war die Wirkung der bisherigen Massnahmen? Wie wurden Menschen in den vergangenen Hitzesommern erreicht?
3. Plant der Regierungsrat, die Informationen und Warnungen bei Hitzewellen auszubauen? Wenn ja, mit welchen Methoden und Mitteln?
4. Wie unterstützt der Kanton Gemeinden, welche ihre Einwohnerinnen und Einwohner vermehrt vor Hitzewellen warnen möchten?
5. Plant der Regierungsrat neben den Informationskampagnen weiterführende Massnahmen wie zum Beispiel das Buddy-System (Betreuungspersonen, welche sich um gefährdete Personen kümmern), welches mit Erfolg in den Kantonen Tessin, Genf und Waadt angewendet wird?
6. In welchen Gebieten des Kantons Zürich sind künftig vermehrt mit Hitzeinseln zu rechnen? Verfügt der Regierungsrat über ein Instrument, z.B. eine Klimakarte, welche Auskunft über die lokale Hitzebelastung gibt?
7. Welche Massnahmen kommen in Betracht, um das Entstehen von Hitzeinseln zu mindern? Welche raumplanerischen und baurechtlichen Massnahmen müssten angepasst werden? Dabei ist insbesondere der Einfluss von Baukultur und Grünflächen auf das lokale Mikroklima zu betrachten.

Silvia Rigoni
Martin Neukom